

# Inhalt

**Vorwort** ..... 29

**Abkürzungsverzeichnis** ..... 31

**Einleitung** ..... 35

    A. Problemstellung ..... 35

    B. Ziel und Gang der Untersuchung ..... 40

**1. Kapitel: Der Zweitkonkurs unter Geltung der Konkursordnung** ..... 43

    A. Zulässigkeit und Natur des Zweitkonkurses des Gemeinschuldners ... 43

    B. Der Sonderkonkurs als gesetzliche Abweichung vom Gesamtkonkurs 50

    C. Ergebnisse ..... 52

**2. Kapitel: Nachgeschaltete Zweitinsolvenzverfahren als gesetzlicher Regelfall der Insolvenzordnung** ..... 55

    A. Überblick und Einordnung ..... 55

    B. Zwecksetzung von Zweitverfahren ..... 56

    C. Zuordnung des Neuerwerbs in der Insolvenzordnung ..... 58

    D. Die nachgeschaltete Insolvenz als Wiederholungsinsolvenz ..... 66

    E. Ergebnisse ..... 97

**3. Kapitel: Die parallele Zweitinsolvenz über Vermögen der freigegebenen Selbstständigkeit** ..... 99

    A. Nach der Negativerklärung eintretende Insolvenz ..... 99

    B. Verfahrensrechtliche Ausgestaltung ..... 147

    C. Gläubigerbefriedigung im Zweitinsolvenzverfahren ..... 178

D. Beendigung der Selbstständigkeit des Schuldners .....	246
E. Ergebnisse .....	274
<b>4. Kapitel: Vorzüge der Anwendung der besonderen Verfahrensformen im Parallelverfahren .....</b>	<b>277</b>
A. Anwendbarkeit in Zweitverfahren .....	277
B. Vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren .....	277
C. Schutzschirmverfahren .....	280
D. Verfahrensdurchführung in Eigenverwaltung .....	281
E. Der Insolvenzplan als Sanierungsinstrument für natürliche Personen .....	284
F. Eigenverwaltender Schuldner im Planverfahren .....	288
G. Ergebnisse .....	289
<b>5. Kapitel: Restschuldbefreiung in Zweitverfahren .....</b>	<b>291</b>
A. Nachgeschaltete Zweitinsolvenz .....	291
B. Parallele Zweitinsolvenz .....	307
C. Ergebnisse .....	320
<b>6. Kapitel: Zulässigkeit von Drittinsolvenzen .....</b>	<b>321</b>
A. Übersicht .....	321
B. Nach- bzw. zwischengeschaltetes Folgeverfahren über Privatvermögen .....	321
C. Folgeverfahren nach erneuter Freigabe der Selbstständigkeit .....	326
D. Übergeleitete Insolvenzverfahren .....	348
E. Ergebnisse .....	353
<b>Ergebnisse .....</b>	<b>355</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>361</b>

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort .....</b>	<b>29</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>31</b>
<b>Einleitung .....</b>	<b>35</b>
A. Problemstellung .....	35
B. Ziel und Gang der Untersuchung .....	40
<b>1. Kapitel: Der Zweitkonkurs unter Geltung der Konkursordnung .....</b>	<b>43</b>
A. Zulässigkeit und Natur des Zweitkonkurses des Gemeinschuldners ...	43
I. Bedeutung der historischen Diskussion für das geltende Recht ...	43
II. Streitfrage der Altgläubigerbeteiligung .....	43
1. Möglichkeit des Teilnahmeverzichts .....	45
2. Fortwirkungstheorie .....	46
3. Modell der Ersatzfunktion des Zweitkonkurses .....	48
4. Bewertung .....	49
B. Der Sonderkonkurs als gesetzliche Abweichung vom Gesamtkonkurs	50
I. Besondere Stellung im Ordnungsrahmen .....	50
II. Anwendungsbereich .....	51
III. Abgrenzung zum Zweitkonkurs .....	52
C. Ergebnisse .....	52
<b>2. Kapitel: Nachgeschaltete Zweitinsolvenzverfahren als gesetzlicher Regelfall der Insolvenzordnung .....</b>	<b>55</b>
A. Überblick und Einordnung .....	55
I. Ausgangspunkt: Haftungsrechtliches Gerüst des Gesetzes .....	55
II. Nachgeschaltete Zweitverfahren .....	55

III. Abgrenzung zu parallelen Zweitverfahren .....	56
B. Zwecksetzung von Zweitverfahren .....	56
C. Zuordnung des Neuerwerbs in der Insolvenzordnung .....	58
I. Neuerwerb als Teil der Insolvenzmasse .....	58
II. Haftungsumfang .....	60
1. Neuerwerb .....	60
2. Anfechtungspositionen .....	60
a) Offene Anfechtungsansprüche des Erstverfahrens .....	60
b) Neue Anfechtungsansprüche .....	61
3. Passiva .....	61
III. Eingeschränkte Vergleichbarkeit zur Haftungslage nach Konkursordnung .....	62
IV. Zweitinsolvenzverfahren bei vorausgegangenem Konkursverfahren .....	62
1. Aufeinandertreffen der Regelungssysteme von Konkurs- und Insolvenzordnung .....	62
2. Lösungsansätze zur Harmonisierung des kodifikatorischen Übergangs .....	63
a) Streng formelle Auffassung .....	63
b) Formell-haftungsorientierter Ansatz .....	64
c) Haftungsrechtliche Lösung .....	64
3. Einordnung .....	65
D. Die nachgeschaltete Insolvenz als Wiederholungsinsolvenz .....	66
I. Fehlen einer expliziten Regelung .....	67
II. Auswertung der gesetzlichen Regelungstechnik .....	67
1. Unzulässigkeit gem. § 287a Abs. 2 S. 1 InsO .....	67
2. Verlängerte Abtretungsfrist gem. § 287 Abs. 2 S. 2 InsO .....	67
3. Bewertung .....	69
III. Heranziehung der insolvenzrechtlichen Zwecksetzungen, der verfassungsrechtlichen Würdigung und der europarechtlichen Vorgaben .....	70
1. Insolvenzrechtliche Verfahrensziele .....	70

a) Gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger gem. § 1 S. 1 InsO .....	70
b) Finanzieller Neuanfang des Schuldners gem. § 1 S. 2 InsO .....	71
2. Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	71
3. Europarechtliche Vorgaben .....	72
IV. Grundzüge der Zweitantragskonstellationen .....	73
1. Vorbemerkung zur Fallgruppenbildung .....	73
2. Insolvenzeröffnungsverfahren .....	74
a) Allgemeine Voraussetzungen .....	74
b) Gläubigerantrag .....	74
aa) Verbraucherinsolvenzverfahren .....	74
bb) Regelinsolvenzverfahren .....	75
(1) Zulässigkeitsanforderungen .....	75
(2) Zulässigkeit von Mehrfachanträgen .....	75
(3) Keine Rechtshängigkeitsbindung .....	76
c) Schuldnerantrag .....	76
d) Keine entgegenstehende Rechtskraft .....	77
aa) Weites Begriffsverständnis von Zweitverfahren .....	77
bb) Antragsrücknahme oder -erledigung .....	77
cc) Nach Antragsabweisung .....	78
dd) Nach Abweisung mangels Masse .....	79
(1) Gläubigeranträge .....	79
(2) Schuldneranträge .....	80
3. Das eröffnete Insolvenzverfahren .....	81
a) Bindung der Gläubiger an den Verfahrensmodus .....	81
aa) Keine Nichtteilnahme am Insolvenzverfahren .....	81
bb) Keine Umgehung durch Teilnahmeverzicht .....	81
b) Unzulässigkeit zusätzlicher Anträge .....	83
aa) Gläubigeranträge .....	83
(1) Altgläubiger .....	83
(2) Neugläubiger .....	83
bb) Schuldnerantrag .....	84

4. Treuhandperiode des Restschuldbefreiungsverfahrens .....	85
a) Voraussetzung: Vorhandensein neuen Vermögens .....	85
b) Altgläubigeranträge .....	86
c) Neugläubigeranträge .....	87
d) Schuldnerantrag .....	88
5. Anschließendender Zeitraum .....	89
a) Unzulässige Zweitangebote .....	89
b) Zulässige Zweitangebote .....	89
aa) Nach Einstellung mangels Masse .....	89
bb) Nach sonstiger Einstellung des Verfahrens .....	90
cc) Nach Verfahrensaufhebung .....	91
(1) Rechtskraftwirkung im Erstverfahren fest-	
gestellter Forderungen .....	91
(2) Gläubigeranträge .....	91
(a) Altgläubiger .....	91
(b) Neugläubiger .....	93
(3) Schuldnerantrag .....	94
V. Konnex zur Verfahrenskostenstundung .....	95
1. Unabhängigkeit der Verfahrensanträge .....	96
2. Gerichtliche Hinweispflicht .....	97
E. Ergebnisse .....	97

### **3. Kapitel: Die parallele Zweitinsolvenz über Vermögen der freigegebenen Selbstständigkeit .....**

A. Nach der Negativklärung eintretende Insolvenz .....	99
I. Zweitverfahren und Selbstständigkeit .....	99
II. Zusammenhang zwischen § 35 Abs. 2 InsO und	
zusätzlichen Verfahren .....	101
1. Freigabe der Selbstständigkeit als Vorbedingung für ein	
Zweitverfahren .....	101
2. Leitentscheidung des Bundesgerichtshofs .....	102
III. Rechtsnatur des Parallelinsolvenzverfahrens .....	104

1. Diskussion um die Einordnung als Sonderinsolvenzverfahren i.S.d. § 11 Abs. 2 InsO .....	104
a) Bedeutung und Auswirkungen .....	104
b) Konsens .....	105
c) Streitpunkt Sondervermögen .....	105
d) Unterschiedliche Rechtsfolgen .....	105
2. Vergleichbarkeit zu Sonderinsolvenzen .....	107
a) Anwendungsbereich und Zwecksetzung .....	107
b) Gesetzliche Regelung .....	107
c) Fallgruppen analoger Anwendung .....	108
d) Bewertung .....	110
3. Meinungsstand .....	111
a) Neues Verfahren über Schuldnervermögen .....	111
aa) Darstellung .....	111
bb) Bewertung .....	113
(1) Haftungstrennung durch Negativerklärung .....	113
(2) Subsumtion unter § 11 Abs. 2 Nr. 2 InsO .....	114
(a) Konzeption und Analogiefähigkeit des § 11 Abs. 2 Nr. 2 InsO .....	114
(b) Vergleichbare Interessenlage .....	115
(c) Vorliegen einer planwidrigen Rege- lungslücke .....	116
(d) Ergebnis .....	121
(3) Ausnahmecharakter von Sonderinsolven- zen kraft gesetzlicher Wertung .....	121
(4) Grundsätzliches zum Masseumfang .....	121
b) Isoliertes Verfahren über insolvenzfähiges Sonder- vermögen mit rein prozessuaalem Schuldnerbezug .....	122
aa) Darstellung .....	122
bb) Bewertung .....	123
(1) Keine Rechtssubjektivität des Sonderver- mögens .....	123
(2) Vermögensbezogene Neuausrichtung durch Geschäftsfreigabe .....	124

c) Gesondertes Verfahren über Schuldnervermögen aus freigegebener Selbstständigkeit .....	126
aa) Darstellung .....	126
bb) Bewertung .....	129
(1) Materielle Haftungsbeschränkung auf gesondertes Vermögen .....	129
(2) Aufspaltung nach vermögensrechtlichen Sphären .....	129
(3) Keine auf Vermögensteile beschränkte Restschuldbefreiung .....	131
4. Entwicklung eines weitergehenden Ansatzes: Modell einer geschichteten Vermögensverantwortlichkeit .....	131
a) Entstehung der Zweitinsolvenzmasse der beruflichen Sphäre .....	131
b) Mehrstufige Haftungssonderung .....	132
aa) Rechtsträgerschaft des Schuldners über das Sondervermögen .....	134
bb) Zweckbindung und Haftungssonderung durch Negativerklärung .....	135
(1) Allgemeine Kriterien zur Sondervermögensbildung .....	135
(2) Anwendung der Kriterien auf Neuerwerb aus Selbstständigkeit .....	136
(3) Zwecksetzung durch Zweckerklärung des § 35 Abs. 2 S. 1 InsO .....	136
(4) Zweitinsolvenzmasse als doppeltes Sondervermögen .....	138
cc) Funktionale Ähnlichkeiten zur Nachlassinsolvenz: freies Vermögen aus Selbstständigkeit als permanentes, potenzielles Sondervermögen .....	138
dd) Ergebnis .....	141
c) Systematische Ausnahmestellung von parallelen Zweitinsolvenzen in der Insolvenzordnung .....	141
d) Eingeschränktes Partikularverfahren bei Gesamtvollstreckung über Vermögen aus selbstständiger Tätigkeit parallel zum Erstverfahren .....	142



e) Konstant eingeschränktes Partikularverfahren bei Gesamtvollstreckung während der Treuhandperiode .....	142
aa) Aufrechterhaltung der Haftungstrennung .....	142
bb) Haftungserstreckung auf berufliche Sphäre .....	143
cc) Schutz der haftungsrechtlichen Position der Altgläubiger .....	144
dd) Harmonisierung der Beteiligteninteressen .....	144
5. Ergebnis .....	145
IV. Programmmatische Ausrichtung paralleler Verfahren .....	146
1. Zwecksetzung .....	146
2. Einschränkung durch Fortwirkung des Erstverfahrens .....	146
B. Verfahrensrechtliche Ausgestaltung .....	147
I. Sachentscheidungsvoraussetzungen .....	147
1. Antragsrecht .....	147
a) Abschließende Regelung des § 38 InsO .....	147
b) Unzulässigkeit von Altgläubigeranträgen .....	147
aa) Anwendung des § 38 InsO .....	147
(1) Anwendungsbereich des § 38 InsO .....	147
(2) Subsumtion des Altgläubigers unter den Begriff des Insolvenzgläubigers .....	148
(a) Begründeter Vermögensanspruch .....	148
(b) Eigenschaft als persönlicher Gläubiger .....	148
(3) Ergebnis .....	150
bb) Bei Teilnahme am Erstverfahren .....	150
cc) Bei Nichtteilnahme am Erstverfahren .....	151
dd) Fehlende Befugnis zur Forderungsanmeldung .....	152
c) Neugläubigeranträge .....	153
aa) Zulässigkeit von Zweitinsolvenzanträgen .....	153
bb) Keine teleologische Reduktion des Begriffs der persönlichen Gläubiger im Rahmen des § 38 InsO ..	153
cc) Keine Unterscheidung zwischen privaten und beruflichen Neugläubigern .....	155
dd) Vorliegen eines rechtlichen Interesses .....	156

(1) Personenidentische Gläubiger .....	156
(2) Keine Glaubhaftmachung neuen Vermögens ....	157
d) Eigenantrag des Schuldners .....	159
aa) Echter Zweitantrag .....	159
bb) Konnex zur Verfahrenskostenstundung .....	159
2. Auslegung eines Antrags als eingeschränkter Insolvenzeröffnungsantrag .....	160
a) Auslegungsbedürftige Anträge .....	160
b) Prüfpflicht des Insolvenzgerichts .....	161
3. Ergebnis .....	161
II. Verfahrenselemente des Masseerhalts .....	162
1. Vor Insolvenzeröffnung .....	162
a) Anordnung vorläufiger Maßnahmen gem. § 21 InsO .....	162
b) Vorläufige Insolvenzverwaltung gem. § 21 Abs. 2 Nr. 1 Hs. 1 InsO .....	162
aa) Sachverständigenbestellung .....	162
bb) Keine analoge Anwendung von § 35 Abs. 2 InsO .....	162
c) Mitwirkungspflichten des Schuldners, § 20 InsO .....	163
d) Informationspflicht des Schuldners .....	163
2. Ab Insolvenzeröffnung .....	164
a) Vollstreckungsverbote .....	164
aa) Im Erstverfahren .....	164
(1) Vollstreckungsverbot, § 89 InsO .....	164
(2) Vollstreckungsverbot bei Masseverbind- lichkeiten, § 90 InsO .....	164
(3) Gleichbehandlung der Gläubiger, § 294 InsO ...	165
bb) Im Zweitverfahren .....	165
(1) Vollstreckungsverbot, § 89 InsO .....	165
(2) Vollstreckung vor Verfahrenseröffnung, § 88 InsO .....	166
b) Aufrechnung gem. § 94, § 96 InsO .....	167
aa) Keine bestehende Aufrechnungslage i.S.d. § 94 InsO für Altgläubiger .....	167

bb) Aufrechnungsverbot gem. § 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO ....	168
cc) Aufrechnungsverbot gem. § 96 Abs. 1 Nr. 4 InsO ....	169
(1) Keine Anwendung auf Neugläubigerforde- rungen nach Geschäftsfreigabe .....	169
(2) Keine Anwendung auf Altgläubigerfor- derungen gegenüber Neuerwerb nach Geschäftsfreigabe .....	169
c) Ausschluss sonstigen Rechtserwerbs gem. § 91 InsO .....	169
aa) Bestehende Forderungen .....	169
bb) Künftige und bedingte Forderungen .....	170
(1) Altgläubiger des Erstverfahrens .....	170
(2) Neugläubiger des Erstverfahrens .....	171
III. Zweitinsolvenzverwaltung .....	172
1. Keine Deckungsgleichheit mit klassischer Sonderinsolvenzverwaltung .....	172
a) Übertragbarkeit von Regeln der Sonderinsolvenz? .....	172
b) Anwendungsbereich für Sonderinsolvenzverwal- tung in den Fällen des § 11 Abs. 2 InsO .....	173
c) Keine vergleichbare Problemstellung .....	173
2. Ausrichtung an der Tauglichkeitsprüfung des Insolvenzverwalters .....	174
a) Allgemeine Kriterien .....	174
b) Anknüpfungspunkte für Tauglichkeitszweifel .....	174
aa) Forderungsanmeldung .....	174
bb) Abführungsbeträge .....	175
cc) Eröffnungsbeschluss .....	176
dd) Schadensersatz .....	176
c) Mitteilungspflicht .....	177
3. Eigenständige Sonderinsolvenzverwaltung im Rahmen der Zweitinsolvenzverwaltung .....	177
4. Ergebnis .....	177
IV. Auskunfts- und Mitwirkungspflicht des Schuldners .....	177
C. Gläubigerbefriedigung im Zweitinsolvenzverfahren .....	178

I. Die Geschäftsfreigabe als funktionaler Rahmen der Parallelinsolvenz .....	178
1. Informationspflicht gem. § 35 Abs. 3 S. 1 InsO .....	178
2. Umgrenzung des Masseumfangs durch materielle Reichweite der Negativerklärung .....	179
a) Wirkung als Enthaltungserklärung .....	179
b) Verhältnis zum Pfändungsschutz .....	181
c) Möglichkeit zusätzlicher Einzelfreigaben .....	184
II. Der Umfang der Zweitinsolvenzmasse .....	184
1. Pfändungsgeschütztes Vermögen .....	184
a) Abgrenzung zum Vermögen des Erstverfahrens .....	184
b) Verhältnis zur Betriebsfreigabe .....	185
aa) Unpfändbare Sachen gem. § 36 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 Nr. 2 Hs. 2 InsO .....	185
bb) Neuerwerb .....	185
2. Vermögen aus der selbstständigen Tätigkeit .....	186
a) Mehrere Selbstständigkeiten der beruflichen Haftungssphäre .....	186
b) Neuerwerb .....	187
c) Freigegebenes Vermögen der Selbstständigkeit .....	188
aa) Der Selbstständigkeit gewidmetes Vermögen .....	188
bb) Vermögenssurrogate .....	189
(1) Erlöse aus Geschäftsvermögen .....	189
(2) Erlöse aus unpfändbarem Vermögen .....	190
(a) Bei laufendem Erstverfahren .....	190
(b) Nach Aufhebung des Erstverfahrens .....	192
cc) Debitorenforderungen aus Dauerschuldverhältnissen .....	193
(1) Voraussetzung: vollendeter Erwerbstatbestand .....	193
(2) Ausnahmsweise ausreichend: gesicherte Rechtsposition .....	195
(3) Einseitig offene Forderung .....	196
(4) Teilbare Leistungen .....	196
d) Durch Einzelfreigabe übergegangenes Vermögen .....	197

3. Abführungsbeträge gem. § 35 Abs. 2 S. 2, § 295a Abs. 1	
S. 1 InsO .....	197
a) Wesen der rückwärtsgewandten Zahlungen .....	197
aa) Abführungspflicht im Insolvenzverfahren .....	197
(1) Zahlungspflicht .....	197
(2) Zahlungshöhe .....	198
bb) Wandel zur Obliegenheit während der Treuhandperiode .....	199
cc) Mitwirkungspflicht des Schuldners aus § 295a Abs. 2 S. 1 InsO .....	200
b) Problemstellung .....	200
aa) Aufeinandertreffen von Befriedigungsinteressen ....	200
bb) Rechtliche Einordnung des Abführungsbetrags .....	201
c) Meinungsspektrum .....	201
aa) Grundsätzliche Zuordnung zur Erstverfahrensmasse .....	201
(1) Darstellung .....	201
(2) Bewertung .....	202
bb) Insolvenzübergreifende Lösung: Lehre von der materiellen Verfahrenseinheit .....	203
(1) Darstellung .....	203
(2) Bewertung .....	204
cc) Masseverbindlichkeit .....	204
(1) Darstellung .....	204
(2) Bewertung .....	205
(a) Bzgl. der Beträge gem. § 35 Abs. 2 S. 2, § 295a Abs. 1 S. 1 InsO .....	205
(b) Bzgl. der Beträge nach § 287 Abs. 2 S. 1 InsO .....	205
dd) Qualität eines Absonderungsrechts .....	206
(1) Darstellung .....	206
(2) Bewertung .....	207
(a) Nichtvorliegen der Normvoraussetzungen	207

(b)	Keine Massebevorzugung durch Sicherung des Abführungsanspruchs .....	207
ee)	Betrachtung wirtschaftlicher Folgen .....	209
(1)	Darstellung .....	209
(2)	Bewertung .....	209
ff)	Freigabelösung .....	210
(1)	Darstellung .....	210
(2)	Bewertung .....	211
(a)	Kein Recht auf Freigabe der selbst- ständigen Tätigkeit .....	211
(b)	Wertungen zum Abführungsanspruch und § 91 Abs. 1 InsO .....	215
(c)	Wertungen zu § 287 Abs. 1 InsO und § 91 InsO .....	216
gg)	Pfändungsschutzlösung .....	218
(1)	Darstellung .....	218
(a)	Erweiterung des pfändungsgeschütz- ten Vermögens .....	218
(b)	Unterfall: Forderungsanmeldung .....	219
(c)	Vorrang rechtsgeschäftlicher Abreden .....	220
(d)	Einstufung in der Treuhandperiode .....	220
(2)	Bewertung .....	221
(a)	Gleichlauf mit übrigen Pfändungs- schutzbeträgen .....	221
(b)	Gleichrang mit gesetzlichen Pfändungsausnahmen .....	224
(c)	Aushändigung durch den Schuldner .....	225
(d)	Neutralität der Verfahrensvorschriften .....	227
(e)	Einbeziehung des Neugläubiger- schutzgedankens .....	227
(f)	Wertungseinheit in der Treuhandperiode .....	228
hh)	Anmeldung als Insolvenzforderung .....	228
(1)	Darstellung .....	228
(2)	Bewertung .....	228

ii) Ergebnis .....	229
4. Anfechtungspositionen .....	229
a) Vorbemerkung .....	229
b) Rechtshandlungen des Erstinsolvenzverwalters .....	230
aa) Anfechtbarkeit von Insolvenzverwalterhandlungen? .....	230
bb) Urteil des AG Mannheim: Keine Anfechtung von Schlussverteilungszahlungen des Erstverfahrens .....	231
(1) Darstellung .....	231
(2) Einordnung .....	232
(a) Anspruchsbegrenzung auf die Zweitverfahrensmasse .....	232
(b) Gläubigerbenachteiligung .....	232
(c) Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit .....	232
(d) Anfechtungsfrist .....	233
(e) Anfechtungsfestigkeit von Erstverwalterhandlungen .....	233
(f) Ergebnis .....	234
cc) Ansatz von <i>Busching/Klersy</i> : Verfahrensverbindung .....	234
(1) Anknüpfungspunkt .....	234
(2) Darstellung .....	234
(a) Bildung einer Gesamtgläubigerschaft .....	234
(b) Vergleich zur Anfechtung der Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	235
(3) Bewertung .....	235
(a) Sachlicher Anwendungsbereich .....	235
(b) Persönlicher Anwendungsbereich .....	236
(c) Tatbestandsvoraussetzungen .....	237
(d) Gegenargumente .....	238
(e) Ergebnis .....	241
dd) Anfechtungsansprüche des Erstverfahrens .....	241
(1) Offene Anfechtungsansprüche .....	241

(2) Geltend gemachte Anfechtungsansprüche .....	241
c) Überzahlungen des Schuldners an die Erstverfahrensmasse .....	241
aa) Rechtshandlung gem. § 129 Abs. 1 InsO .....	241
bb) Vornahme vor Verfahrenseröffnung .....	242
cc) Gläubigerbenachteiligung .....	242
(1) Betragsmäßig vollständige Zahlungen .....	242
(2) Überobligatorische Zahlungen .....	242
dd) Besondere Voraussetzungen des § 133 Abs. 1 InsO .....	243
(1) Anfechtungszeitraum .....	243
(2) Gläubigerbenachteiligungsvorsatz .....	243
(3) Kenntnis des Anfechtungsgegners .....	244
ee) Ergebnis .....	245
5. Passiva .....	245
III. Ergebnis .....	246
D. Beendigung der Selbstständigkeit des Schuldners .....	246
I. Begrenzte materielle Priorität des Erstverfahrens .....	246
II. Teilweise Aufnahme einer angestellten Beschäftigung .....	246
1. Neuerwerb .....	246
2. Auswirkung auf die Abführungsbeträge .....	247
3. Zugehörigkeit der Betriebsmittel .....	248
a) Vor Zweitinsolvenzeröffnung .....	248
b) Vor Negativerklärung im Zweitverfahren .....	249
c) Nach Negativerklärung im Zweitverfahren .....	249
III. Vollständige Aufgabe der Selbstständigkeit .....	249
1. Neuerwerb .....	249
2. Auswirkungen auf die Abführungsbeträge .....	249
3. Zugehörigkeit der Betriebsmittel .....	251
a) Vor Zweitinsolvenzeröffnung .....	251
b) Ab Zweitverfahrenseröffnung und vor Negativerklärung im Zweitverfahren .....	251
c) Nach Negativerklärung im Zweitverfahren .....	251
IV. Tod des Schuldners nach Freigabe der Selbstständigkeit .....	251



V. Aufhebung der Negativerklärung durch Gläubigerentscheid .	252
1. Einsetzen der Aufhebungswirkung ex nunc .....	252
2. Keine zusätzliche Erklärung des Erstverwalters .....	253
3. Zuweisung von Vermögen und Verbindlichkeiten bei Rückholung .....	254
4. Auswirkung auf den Verfahrensstatus .....	254
a) Insolvenzeröffnungsverfahren .....	254
b) Eröffnetes Verfahren .....	255
aa) Verfahrenseinstellung .....	255
bb) Gesetzliche Teilrückabwicklung .....	256
(1) Verfügungen nach Unwirksamkeitsanordnung	256
(2) Keine Rückabwicklung früherer Verfügungen .	256
(a) Bestehenbleiben von Verfügungen .....	256
(b) Keine gebundene Positiverklärung .....	257
(c) Quotale Befriedigung? .....	257
cc) Anfechtbarkeit von Zwischenverfügungen? .....	258
(1) Masseschutz nach Reintegration des Vermögens der Selbstständigkeit .....	258
(2) Nur ausnahmsweise Anwendung des Anfechtungsrechts nach Verfahrenseröffnung .	258
(3) Keine Anfechtbarkeit von Handlungen außerhalb des Insolvenzverfahrens .....	259
(a) Vergleich zu einer erneuten Insolvenzeröffnung .....	259
(b) Analoge Anwendung der Anfechtungsvorschriften über § 147 Abs. 1 InsO?	260
(c) Ergebnis .....	263
5. Zeitliche Grenzen .....	263
6. Erneute Freigabe kraft Gläubigerentscheid .....	264
VI. Gewerbe- und berufsrechtliche Beendigung der Schuldner Tätigkeit .....	264
1. Doppelte Rechtsstellung des Insolvenzschuldners .....	264
2. Der gewerberechtliche Zulassungszug .....	265
a) Anwendungsbereich des § 12 GewO .....	265

- b) Gewerbeuntersagung nach Negativerklärung ..... 265
  - c) Anforderungen an institutionelle Gläubiger ..... 267
  - d) Vermögensverwertung ..... 269
- 3. Die berufsrechtliche Beendigung der Berufszulassung des Schuldners ..... 270
  - a) Zulassungswiderruf ..... 270
  - b) Vermögensverwertung bei Zulassungsentzug vor Freigabe ..... 271
  - c) Separate Verwertung nach Freigabe ..... 271
- 4. Automatisches Entfallen von Tätigkeitsverboten gem. § 301 Abs. 4 S. 1 InsO ..... 272
  - a) Anwendungsbereich ..... 272
  - b) Keine Wirkung für Insolvenzplanverfahren ..... 272
  - c) Bedeutung für Erstverfahren ..... 273
- VII. Ergebnis ..... 273
- E. Ergebnisse ..... 274

**4. Kapitel: Vorzüge der Anwendung der besonderen**

**Verfahrensformen im Parallelverfahren ..... 277**

- A. Anwendbarkeit in Zweitverfahren ..... 277
- B. Vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren ..... 277
  - I. Anwendungsbereich ..... 277
  - II. Voraussetzungen ..... 278
    - 1. Eigenverwaltungsplanung ..... 278
    - 2. Keine Aufhebungsgründe ..... 278
  - III. Vorteile in Zweitverfahren ..... 279
    - 1. Gläubigerbefriedigung und Kontrolle ..... 279
    - 2. Konzeptentwicklung ..... 279
- C. Schutzschirmverfahren ..... 280
- D. Verfahrensdurchführung in Eigenverwaltung ..... 281
  - I. Anwendungsbereich ..... 281
  - II. Voraussetzungen ..... 281

1. Antrag und Eigenverwaltungsplanung .....	281
2. Keine Aufhebungsgründe .....	281
III. Vorteile in Zweitverfahren .....	282
1. Gläubigerbefriedigung .....	282
2. Betriebsfortführung .....	282
3. Vermögen .....	283
4. Keine Drittverfahren .....	283
E. Der Insolvenzplan als Sanierungsinstrument für natürliche Personen .....	284
I. Anwendungsbereich .....	284
II. Vorteile .....	284
1. Entschuldung .....	284
2. Finanzierung .....	286
3. Betriebsfortführung .....	286
4. Abführungsbeträge .....	286
5. Keine Drittverfahren .....	287
III. Risiken .....	287
F. Eigenverwaltender Schuldner im Planverfahren .....	288
G. Ergebnisse .....	289
<b>5. Kapitel: Restschuldbefreiung in Zweitverfahren .....</b>	<b>291</b>
A. Nachgeschaltete Zweitinsolvenz .....	291
I. Anwendungsbereich .....	291
II. Zulässigkeit neuer Anträge .....	292
1. Sperrfristen .....	292
a) Gesetzliche Sperrfristen .....	292
b) Nichtgesetzliche Sperrfristen .....	292
aa) Rechtslage vor dem 01.07.2014: Sperrfrist- rechtsprechung des Bundesgerichtshofs .....	292
bb) Rechtslage seit dem 01.07.2014 .....	293
2. Antragskonstellationen .....	294
a) Antragstellung innerhalb desselben Verfahrens .....	294

- b) Sperre durch vorangegangene Erteilung der Restschuldbefreiung ..... 295
    - c) Antragsrücknahme nach Versagungsantrag im gleichen Verfahren ..... 295
    - d) Antragsrücknahme im Erstverfahren und Neubeartragung im Zweitverfahren ..... 296
  - 3. Gesetzgeberische Entscheidung zur gegenwärtigen Regelungslage ..... 298
  - 4. Abtretungsfrist in Wiederholungsverfahren ..... 299
  - 5. Verhältnis zur Kostenstundung ..... 299
    - a) Bedeutung ..... 299
    - b) Vorwirkung gem. § 4a Abs. 1 S. 3, S. 4 InsO i.V.m. § 290 Abs. 1 Nr. 1 InsO ..... 300
    - c) Vorwirkung in den Fällen des § 287a Abs. 2 InsO ..... 302
    - d) Keine wertungsmäßige Sperrfrist im Stundungsverfahren ..... 303
    - e) BGH-Rechtsprechung zu § 302 InsO ..... 304
- III. Versagung der Restschuldbefreiung ..... 306
- B. Parallele Zweitinsolvenz ..... 307
  - I. Anwendbarkeit der Vorschriften zum Restschuldbefreiungsverfahren? ..... 307
    - 1. Problemstellung ..... 307
    - 2. Wortlaut ..... 309
    - 3. Telos ..... 310
    - 4. Gesetzesbegründung ..... 313
    - 5. Systematik ..... 314
  - II. Unzulässigkeit eines Restschuldbefreiungsantrags ..... 315
    - 1. Antragskonstellationen ..... 315
      - a) Laufendes Restschuldbefreiungsverfahren im Erstverfahren ..... 315
        - aa) Ausgangspunkt ..... 315
        - bb) Einordnung ..... 315
          - (1) Anderer Antragsgegenstand ..... 315
          - (2) Fehlendes Rechtsschutzinteresse ..... 316

(3) BGH: Analogie zu § 287a Abs. 2 Nr. 1 Var. 1 InsO .....	316
(a) Entscheidungsinhalt .....	316
(b) Planwidrigkeit der Regelungslücke für die Rechtslage ab dem 01.10.2020? .....	317
(c) Vorzugswürdige Lösung über Rechts- schutzbedürfnis .....	318
b) Erteilte Restschuldbefreiung im andauernden Erst- verfahren .....	318
aa) Ausgangspunkt .....	318
bb) Einordnung .....	319
c) Erstmalige Beantragung der Restschuldbefreiung im Zweitverfahren .....	319
aa) Ausgangspunkt .....	319
bb) Einordnung .....	319
2. Keine Hinweispflicht .....	319
3. Ergebnis .....	319
III. Keine Kostenstundung .....	320
C. Ergebnisse .....	320

## **6. Kapitel: Zulässigkeit von Drittin solvenzen .....**

A. Übersicht .....	321
B. Nach- bzw. zwischengeschaltetes Folgeverfahren über Privatvermögen .....	321
I. Einordnung des sachlichen Anwendungsbereichs .....	321
II. Teilnahmeberechtigung .....	321
1. Ehemalige Gläubiger des nachgeschalteten Zweitverfahrens ..	321
2. Ehemalige Gläubiger des parallelen Zweitverfahrens .....	322
III. Masseumfang .....	322
IV. Gesamtentschuldung per Restschuldbefreiung .....	323
1. Gesamtentschuldung .....	323
2. Sperrfrist bei vorheriger Versagung .....	324

3. Keine zusätzlichen Zeitschranken für die Restschuldbefreiung bei Drittverfahren .....	324
C. Folgeverfahren nach erneuter Freigabe der Selbstständigkeit .....	326
I. Verfahrensvoraussetzungen .....	326
1. Insolvenzantrag .....	326
a) Allgemeines .....	326
b) Keine Verfahrensverbindung .....	326
2. Rechtsschutzinteresse .....	327
3. Insolvenzgrund .....	328
II. Geltung der Regeln zu Parallelinsolvenzen .....	329
III. Zulässigkeit einer erneuten Freigabe in Parallelverfahren .....	329
1. Einbeziehung der Wertungen zur Berufsfreiheit des Schuldners .....	329
2. Anwendbarkeit des § 35 Abs. 2 S. 1 InsO? .....	330
a) Wortlaut .....	330
b) Teleologische Auslegung .....	331
c) Systematische Auslegung .....	332
d) Historische Auslegung .....	333
e) Ergebnis .....	333
3. Kollision zweier Abführungsverpflichtungen bei Anwendung des § 35 Abs. 2 S. 2 InsO? .....	333
a) Abführungsverpflichtung aus dem Erstverfahren .....	333
b) Obliegenheitsbeträge zugunsten des Erstverfahrens .....	334
c) Lösungsansätze .....	334
aa) Kompensation mittels echter Freigabe .....	334
(1) Darstellung .....	334
(2) Bewertung .....	335
(a) Grundsätzlicher Anwendungsgleich- rang von gewohnheitsrechtlicher und gesetzlicher Freigabevariante .....	335
(b) Direkte Anwendbarkeit des § 35 Abs. 2 S. 1 InsO .....	335
(c) Deutungshoheit der gesetzlichen Frei- gabeform der Geschäftsfreigabe .....	336

(d) Rechtsfolge der Geschäftsfreigabe als systematischer Anknüpfungspunkt .....	337
(e) Ergebnis .....	337
bb) Teleologische Reduktion des § 35 Abs. 2 S. 2 InsO im Zweitverfahren .....	337
(1) Darstellung .....	337
(2) Bewertung .....	338
(a) Orientierung an der gesetzlichen Risikoverteilung des § 35 Abs. 2 InsO .....	338
(b) Keine anderweitige Rechtsgestaltung .....	341
(c) Ergebnis .....	342
cc) Stellungnahme .....	342
(1) Entstehen des Ausgleichsanspruchs .....	342
(2) Kein Ausschluss des Ausgleichsanspruchs .....	344
(3) Variable Höhe eines weiteren Ausgleichsanspruchs .....	345
(4) Ergebnis .....	346
d) Umgang mit einem Zustand der Dauerinsolvenz .....	346
D. Übergeleitete Insolvenzverfahren .....	348
I. Verfahrenskonstellation .....	348
II. Nachlassinsolvenzen als Folgeverfahren .....	349
1. Zweck und Ablauf des Nachlassinsolvenzverfahrens .....	349
2. Masseumfang des Nachlassinsolvenzverfahrens .....	350
3. Doppelinsolvenz von Nachlass und schuldnerischem Eigenvermögen .....	350
4. Das fortgesetzte Nachlassinsolvenzverfahren beim Tod des Schuldners in der Insolvenz .....	352
5. Ergänzende Nachlassinsolvenzverfahren .....	353
III. Verfahrenshäufung bei Überleitungen .....	353
E. Ergebnisse .....	353
<b>Ergebnisse .....</b>	<b>355</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>361</b>